

Drucksache Nr.:
22169-21-E1
TOP-Nr: 3.25

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Klima-
schutz, Umwelt, Stadtgestaltung und
Wohnen

Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

	Datum
	10.09.2021
Sitzungsart:	Stellungnahme
öffentlich	
Gremium:	Beratungstermin:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Woh- nen	15.09.2021

Tagesordnungspunkt

Photovoltaik in Gewerbegebieten

Beschlussvorschlag

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vor dem Hintergrund, dass das Gewicht konventioneller Solarmodule für viele Industrie-/
Gewerbehallendächer zu hoch ist, eröffnen innovative Entwicklungen im Bereich der
Leichtmodule neue Anwendungsmöglichkeiten auf Bestandsdächern. Durch neue Technologien
konnte erreicht werden, dass die bewährte Photovoltaik basierend auf Siliziumzellen eingebettet
werden kann in Glasfaser-Komposite-Material. Dies wird bereits im Schiffsbau, bei Automobilen
und Flugzeugen eingesetzt. Solch neuartige Module sind formflexibel und wiegen ca. 70 % weni-
ger, ohne dass Effizienzverluste eintreten.

In der Vergangenheit hat der AKUSW (damals AUSW) mit Bedauern festgestellt, dass in neuen
Gewerbegebieten die Möglichkeiten der Photovoltaik nicht ausgeschöpft werden konnten, da es
auch statische Hemmnisse gab. Exemplarisch sei hier zum Beispiel die Dächerlandschaft auf dem

Gelände der Westfalenhütte genannt. Neue Technologien eröffnen nunmehr jedoch auch neue Optionen für Bestandsdächer und sollten im Zuge Photovoltaikstrategie der Stadt mit Nachdruck verfolgt werden.

Der AKUSW beschließt daher:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bestandsdächer der Dortmunder Gewerbegebiete als Potenzialflächen für Photovoltaik einzubeziehen.
2. Der AKUSW beauftragt die Verwaltung, zeitnah in Gespräche mit den EigentümerInnen der Gebäude einzutreten, mit dem Ziel, Photovoltaik auf ihren Dächern zu installieren und darüber hinaus auch Stellplatzflächen für Begrünungsmaßnahmen (Klimaresilienz) bzw. Photovoltaikmodule zu nutzen.
3. Der AKUSW beauftragt die Verwaltung ebenfalls, auch städtische Gebäude, die bisher evtl. aus statischen Gründen keine Photovoltaikanlage haben, auf die Ausstattung mit Modulen der neuen Leichtbauweise zu überprüfen und diese ggf. zu installieren.
4. Die Verwaltung wird gebeten, dem AKUSW einen ersten Bericht über die Potenziale und über den Erfolg der Gespräche in seiner Sitzung im 1. Quartal 2022 zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez.

Hans Wiesner

f.d.R.

Sabine Pezely
Geschäftsführerin

CDU-Fraktion
gez.

Uwe Waßmann

f.d.R.

Ralf Binnberg
Geschäftsführer